

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 4

Artikel: Politischer Krieg und Sicherung der Demokratie : ein Beitrag zur Konfliktforschung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095387>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Beitrag zur Konfliktforschung

Politischer Krieg und Sicherung der Demokratie

Zum Begriff «politischer Krieg»

Der Begriff «politischer Krieg» bezieht sich auf Konfliktlösungen mit verdeckter Gewalt, in denen militärische Kampfverbände nicht oder nur in einem untergeordneten Mass eingesetzt werden, beispielsweise im Rahmen eines auf ein Land oder eine kleine Ländergruppe lokalisierten Krieges (Korea, Vietnam, Indochina, Naher Osten) oder im Rahmen einer eigentlichen Guerillatätigkeit. Solche militärische Kriegshandlungen sind als Element des politischen Krieges jeweils nicht Selbstzweck; sie werden stellvertretend geführt und können die Entscheidung nicht herbeiführen.

«Politischer Krieg» ist der Oberbegriff für jene Art von Kriegführung, die im Gegensatz zum militärischen Krieg nicht offene physische, sondern versteckte psychische Gewalt anwendet. Politischer Krieg ist die andere Form des Krieges.

Im politischen Krieg werden verschiedene Mittel verwendet: *politische Mittel* im engeren Sinn, wie parlamentarische und ausserparlamentarische Bemühungen, Infiltration, Subversion, Propaganda; *wirtschaftliche Mittel*, wie Ausnützung wirtschaftlicher Abhängigkeiten, Schwächung durch wilde Streiks, Sabotage; *psychologische Mittel*, wie Agitation, Verunsicherung; *militärische Mittel*, wie Drohung mit militärischer Uebermacht, lokalisierter militärischer Krieg, Guerillakrieg, Terror.

Im politischen Krieg werden politische Mittel eingesetzt; das Eigenschaftswort «politisch» ist dabei in einem weiteren und in einem engeren Sinn verwendet. Im politischen Krieg werden indessen auch militärische Mittel eingesetzt. Die politische Führung verzichtet nicht auf das Militär schlechthin, sondern nur darauf, einen Konflikt hauptsächlich oder vorwiegend mit militärischen Mitteln auszutragen. Das Militär als Bestandteil der politischen Kriegführung wird vor allem in zwei Richtungen wirksam; erstens als Machtfaktor zur politischen Drohung, deren Ergebnis etwa im Spruch «Pourquoi mourir pour Danzig» oder «Lieber rot als tot» sichtbar wird; zweitens als Träger eines Nebenkampfes, das heisst eines lokalisierten Krieges oder eines Guerillakrieges, um die politische Drohung glaubwürdiger zu gestalten und den Gegner zu testen.

Im Gegensatz zum politischen Krieg werden im militärischen Krieg politische, wirtschaftliche und psychologische Mittel subsidiär eingesetzt; primär ist nach Aufrüstung und Ausbildung die Führung des Kampfes mit dem Ziel, den Gegner physisch zu schlagen. Wenn im politischen Krieg die militärischen Mittel sekundär sind, so sind sie deshalb nicht etwa unwichtig. Das militärische Gleichgewicht, das der Angegriffene auch im politischen Krieg mindestens erhalten muss, verhütet nicht nur den leichten Uebergang vom politischen zum militärischen Krieg, sondern verhindert auch die erfolgreiche politische Drohung mit dem militärischen Uebergewicht.

Ist politischer Krieg überhaupt Krieg?

Diese Frage scheint um so berechtigter, als die politische Kriegführung ja auf militärische Kampfmittel weitgehend verzichtet, jene Kampfmittel also, deren Einsatz im landläufigen Verständnis erst den Krieg als solchen kennzeichnet.

Nun ist festzustellen, dass sich das landläufige Verständnis des Begriffs «Krieg» vom wesentlichen Inhalt der Erscheinung «Krieg» entfernt hat. Man greift hier wohl am besten auf Clausewitz zurück, nach welchem Krieg führen heisst, einem Gegner mit Gewalt den eigenen Willen aufzuzwingen. Diese Definition ist umfassend und auch heute noch durchaus gültig. Die Lücke zwischen dem Begriff «Krieg» im heutigen Verständnis und dem Inhalt der Erscheinung «Krieg» ergibt sich aus dem historischen Wandel der Begriffe «Gewalt» und «Zwang», von denen Clausewitz spricht.

Die Entwicklung, verantwortlich dafür, dass ein Uebergang vom militärischen zum politischen Krieg feststellbar ist, kann am besten mit einem theoretischen Modell veranschaulicht werden.

Gewandelte Gewaltausübung

Der Mensch in grauer Vorzeit, vor der Arbeitsteilung, war wirtschaftlich gesehen eine weitgehend selbstgenügende Einheit, die allerdings geistig gesehen völlig vom Stamm, von der Gesellschaft, von deren Riten und Religion abhängig, das heisst sozial integriert war. Dieser sozial integrierte und abhängige, wirtschaftlich aber unabhängige Mensch konnte beinahe nur durch physische Gewalt zur Uebernahme eines fremden Willens gezwungen werden. Die physische Gewaltanwendung im grösseren Massstab ist indessen wesentlich militärische Aktion.

Im Verlaufe menschlicher Entwicklung ist die Arbeitsteilung andauernd verstärkt worden. Dadurch ist der Mensch wirtschaftlich immer abhängiger geworden. In einer allerdings erst weit später einsetzenden Gegenläufigkeit dazu ist die geistige Abhängigkeit immer mehr gewichen. Der heutige Mensch ist sicher freier von der Macht der Tradition, vom Band der Religion und vom Einfluss der Gemeinschaft als alle seine Ahnen.

Die Begriffe von wirtschaftlicher und geistiger Abhängigkeit oder Integration sowie Unabhängigkeit oder Desintegration werden hier in einem besonderen Sinn verwendet. Es mag beispielsweise scheinen, dass der heutige Mensch mit seinem hohen Lebensstandard wirtschaftlich unabhängiger sei als etwa der Pfahlbauer. Das ist jedoch nicht der Tatbestand, der hier ins Auge gefasst wird. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit in unserem Sinn des Menschen vor der Arbeitsteilung war dadurch gegeben, dass er umfassend für die materiellen Bedürfnisse seiner Familie sorgen konnte, ob er blieb, wo er war, oder verjagt wurde, ob sein Stamm frei oder unterworfen war. Wenn auch die Arbeitsteilung sehr alt ist, so hatte sie noch bis in die neuere Zeit hinein kaum die breite Entfremdung von jener Urproduktion bewirkt, mit der die knappsten existentiellen Bedürfnisse befriedigt werden.

In dieser Nummer

Politischer Krieg und Sicherung der Demokratie

Zum Begriff «politischer Krieg»	2
Ist politischer Krieg überhaupt Krieg?	2
Gewandelte Gewaltausübung	2
Politischer Krieg ist ideologischer Krieg	3
Die Träger des Konflikts	4
Demokratie und Diktatur	4
Links und rechts	4
Schlacht und Krieg	5
Natur des politischen Krieges	6
Verunsicherung als wichtigste Voraussetzung	6
Die Feinde aufweichen	7
Die Neutralen ansprechen	7

Die Sympathisanten organisieren	8
Sicherung der Demokratie	8
Die Frage der Gewaltanwendung	8
Gefahr und Verbot	9
Verweigerung des Verbotes	9
Objektive Orientierungshilfe	10
Konzeption für eine Sicherung der Demokratie	12
Moskau und die extremistischen Studenten im Westen	13
Peking und Westeuropa	17
Zum Beispiel der «nützlichen Idioten» Lenins	18
Bücher zur Konfliktforschung	19
Bücher zum politischen Krieg	20

Demgegenüber ist der Mensch von heute wirtschaftlich abhängig, weil in ein dichtes Gewebe der hochspezialisierten Arbeitsteilung integriert. Er ist zwar den Elementen nicht mehr so hoffnungslos ausgeliefert. Und dank der technischen Entwicklung genießt er einen sehr hohen Lebensstandard. Aber damit hat sich auch das Gefälle zwischen dem «psychischen» oder kulturellen und dem «physischen» oder wirtschaftlichen Existenzminimum vergrößert; der Mensch ist von der Urproduktion gewissermassen entfremdet.

«Die Macht der Wahrheit ist nicht kalkulierbar. Aber sie wird zwischen Totalitarismus und Freiheit entscheidend sein. Die Selbstbehauptung der freien Welt fordert, dass sie in sich durch unablässige Selbsterziehung wahrhaftiger wird. Das ist schwer und nicht zu planen. Dann aber fordert sie, was leichter ist: in bezug auf Tatsachen und Gedankenrichtigkeit in der Öffentlichkeit eine viel stärkere Aktivität der Aufklärung zu entfalten als heute geschieht. Die Energie der planmässigen Lüge vom Totalitären her ist heute noch grösser als die Energie ständiger klarer Darlegung der Tatsachen durch die geistige Arbeit des Westens. In den täglichen Nachrichten, in der Tagespresse und in den Schriften müsste die Unwahrheit der totalitären Welt, wie sie die anderen belligiert und sich selbst in ihre eigene Unwahrheit verstrickt, nicht nur hier und da entlarvt werden, was schon geschieht, sondern es müsste immer wiederholt, an immer neuen Erscheinungen gezeigt und zugleich in grösserer Einfachheit für alle offenbar werden. Sogar in der Vertretung marxistischen Denkens entfalten die Literaten vom Osten aus dem Erbe der Philosophie mehr Kraft als ihre Gegner im Westen, denen es sich nicht zu lohnen scheint, da sie ja Bescheid zu wissen meinen, und die die Macht philosophischen Denkens nicht kennen.»
Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 143.

Dieses Gefälle, dieser Unterschied zwischen kulturellem und wirtschaftlichem Existenzminimum ist für die Kriegart von Bedeutung. Je kleiner der Unterschied ist, desto eher muss ein Konflikt mit physischer Gewalt, als militärischer Krieg, ausgetragen werden. Je grösser umgekehrt der Unterschied ist, desto eher muss ein Konflikt mit psychischer Gewalt, als politischer Krieg, ausgetragen werden.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Menschen nahm bisher progressiv zu, entsprechend der steigenden technischen Entwicklungsgeschwindigkeit. Anpassungen im ideellen Ueberbau erfolgen indessen mit Verspätung. Daher wächst die geistige Unabhängigkeit langsamer als die wirtschaftliche Abhängigkeit.

Der Mensch, der sich erst auf dem Weg zur vollen geistigen Unabhängigkeit, zur Mündigkeit befindet, fühlt sich vorläufig geistig noch desorientiert. Dieser Mensch ist ideologisch-weltanschaulich beeinflussbar geworden. Er erliegt den intellektuellen Versuchungen leichter, da er sich aus bisherigen Bindungen gelöst hat, ohne noch neue zu finden oder sich, falls überhaupt möglich, von Bindungen schon befreien zu können.

Die materielle Entwicklungslinie des Menschen erzwingt, und die ideelle Entwicklungslinie ermöglicht eine neue Art der Konfliktaustragung: im gegenwärtigen Schnittpunkt dieser Entwicklungslinien findet der Uebergang vom militärischen zum politischen Krieg statt.

Das gedankliche Modell kann weitergeführt werden. Der fortgeschrittene Abbau der wirtschaftlichen Unabhängigkeit scheint militärische Kriege zu verbieten. Die noch ungenügende Entwicklung der geistigen Unabhängigkeit fördert den Uebergang zum politischen Krieg. Es ist denkbar, dass mit der maximalen Ausgestaltung der geistigen Unabhängigkeit auch der politische Krieg überwunden werden kann. Der vernünftige, geistig mündige Mensch wird gegenüber den intellektuellen Verführungen immun sein.

Wenn der Krieg bezweckt, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, so kann gefolgt werden, dass die Elemente «Gewalt» und «Zwang» aus der Definition von Clausewitz nicht mit militärischem Zwang identifiziert werden dürfen. Praktisch mag eine solche Identifizierung bis spätestens zum Abschluss des Ersten Weltkrieges allerdings gerechtfertigt gewesen sein. Wir sind mit unserem Verständnis des Begriffes «Gewalt» auf dem Stand bis anfangs des 20. Jahrhunderts steckengeblieben, während sich das tatsächliche Wesen der Gewaltanwendung gewandelt hat.

Daher haben wir geistig den militärischen Krieg weitgehend bewältigt und reagieren darauf im grossen und ganzen rational. Den politischen Krieg haben wir indessen geistig noch keineswegs bewältigt und reagieren darauf in der Regel hilflos.

Politischer Krieg ist ideologischer Krieg

Die Gewaltanwendung erfolgte primär durch die militärische Aktion, solange die wirtschaftliche Unabhängigkeit gross, die geistige Unabhängigkeit jedoch gering war. Unter diesen Voraussetzungen war der Konflikt im wesentlichen ideologiefrei, und zwar in dem Sinne, dass die Weltanschauung wenn überhaupt eine untergeordnete Rolle spielte. Es ging in der Regel nur um eine Ausdehnung der Herrschaft. Für den einzelnen Menschen mochte der Empfänger seiner Steuerabgaben ausgewechselt werden; der eine Landesherr hat aber seinen Besitz nach ähnlichen Prinzipien verwaltet wie der andere; an der persönlichen Lage der meisten Menschen änderte sich wenig.

Mit dieser Auffassung ist der Hinweis auf die Religionskriege, der Hinweis sogar auf die marxistische Philosophie nicht unvereinbar. Die Arbeitsteilung hat sich anfänglich nur zögernd durchgesetzt, und die geistige Unabhängigkeit wächst noch langsamer. Dieser Prozess musste allmählich zu einem Vorrücken der weltanschaulichen Belange führen. Die Zunahme solcher ideologischer Konfliktelemente kann man von Spartakus über Thomas Münzer, die Französische Revolution, Marx und Engels, bis zu Lenin, Stalin und Hitler bestätigt sehen.

Schliesslich erscheint die militärische Aktion im Rahmen einer weltweiten Konfliktaustragung immer mehr als ein objektiv untaugliches Mittel, weil das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag fragwürdig wird und weil vor allem das Risiko einer nicht mehr kontrollierbaren Entwicklung, einer Schädigung bis zum möglichen Untergang auch der eigenen Seite übergross geworden ist. Es gibt im militärischen Krieg von heute — und zwar schon vor der Atombombe und vor allem wegen der erwähnten Entwicklung — keinen Sieger mehr, sondern bestenfalls Verlierer verschiedenen Grades. Daher werden im Uebergang zum politischen Krieg moderne Konflikte immer mehr ideologisiert.

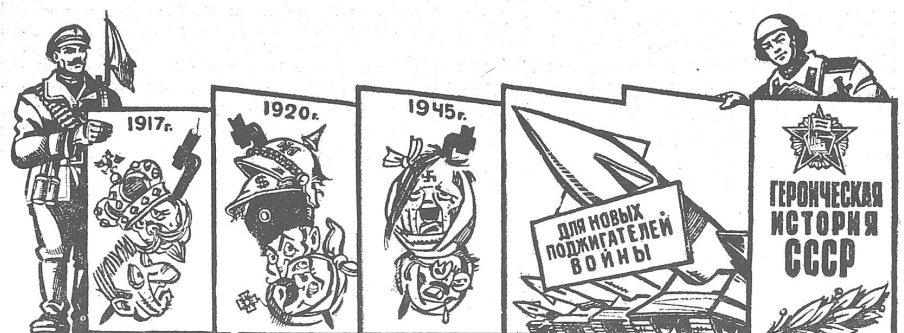
Somit stellt sich die Frage nach der Ideologie. Sie ist zu definieren als die Gesamtheit der von einer Bewegung mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit vertretenen Auffassungen, Werturteile, Denksysteme und Lehrmeinungen über die menschliche Gemeinschaft, ihren Ursprung, ihren Sinn und Zweck sowie ihre Zukunft.

Der politische Krieg, der den militärischen als Mittel der Gewaltanwendung abzulösen im Begriff ist, wird von seinem Urheber aus wesentlich als ein ideologischer Krieg geführt.

Mit der Ideologisierung des Konfliktes werden gleichzeitig sämtliche Lebensbereiche in den Konflikt einbezogen: Der Konflikt wird unteilbar und umfasst jetzt alle Betätigungsfelder des Menschen. Solcher Ideologisierung kann sich derjenige, der von einem Herrschaftsanspruch angesprochen ist, nicht entziehen, ebenso wenig, wie sich das von einem militärischen Ueberfall bedrohte Volk dem Ziel des militärischen Krieges durch Wegwerfen der Waffen entziehen kann. Damit wird verständlich, dass die Forderung nach einer «Entideologisierung» des Konfliktes ihrerseits als Instrument des politischen Krieges vom ideologischen Aggressor eingesetzt wird. Die Forderung nach «Entideologisierung» des Konfliktes verdeckt die Absicht, dem Gegner die Waffen des politischen Krieges zu entwinden. Gleichzeitig wird jedoch damit die Forderung nach einer «Ideologisierung» des Lehramtes verbunden: auch das eine Waffe des Aggressors im politischen Krieg.

Die Ablehnung einer «Entideologisierung» des Konfliktes bedeutet freilich nicht, dass dem ideologischen Aggressor eine geschlossene Ideologie entgegengestellt werden müsste, sondern vielmehr, dass eine erfolgreiche Verteidigung im politischen Krieg nur auf der Grundlage genauer Kenntnis der Ideologie des Aggressors möglich ist.

Die Schlussfolgerung, wonach Konflikte heute vorwiegend ideologischer Natur sind und mehr und mehr als politischer Krieg geführt werden, wird von einem andern Blickwinkel aus bestätigt. Es wird allgemein angenommen, dass der



Typisch für das Organ des sowjetischen Verteidigungsministeriums, «Krasnaja Swesda» (6. 11. 1970): idealisierende und romantisierende Blätter aus dem Buch der Geschichte. Legende: «Seite für Seite zerschlagene Köpfe». Rechts: «Die heroische Geschichte der UdSSR». Auf der Rakete: «Für die neuen Kriegstreiber». Zweck: Festigung der Kampfmoral zur glaubwürdigen Drohung mit Gewalt. Da gibt es keinen Platz für Dienstverweigerer.

Drang zur Gewaltanwendung auf Grundtriebe zurückzuführen ist, die nach ihren Endzielen Nahrung, Geschlecht, Selbstbehauptung, Territorium, Betätigung und Herrschaft unterschieden werden. Es scheint, dass die moderne Gesellschaft jene Triebe, die auf Nahrung, Geschlecht, Selbstbehauptung und Betätigung gerichtet sind, nunmehr ausserhalb eines Krieges zu befriedigen vermag und dass der Territoriumstrieb kaum mehr durch einen Krieg erfüllt zu werden braucht (mit der Ausnahme vielleicht Asiens).

Es bleibt der Herrschaftstrieb, der sich im modernen Staat nur noch ungenügend entfalten kann. In diesem Staat wird der Herrschaftstrieb geistig und materiell diskriminiert, was zu befürworten ist. Indessen werden vermutlich einerseits dem Herrschaftstrieb immer noch zu wenig Ausweichfelder geboten und andererseits zu wenig pädagogische Massnahmen zur Sublimierung des Herrschaftstriebes getroffen.

Der politische Krieg erweist sich als eine ideale Betätigungsmöglichkeit für jene Aggressionen, die aus dem Herrschaftstrieb entstehen. Man kann sogar sagen, dass der politische Krieg primär auf die Machtlust zurückzuführen ist. Ein anderer als der Herrschaftstrieb wird sich wohl kaum des politischen Krieges als Mittel bedienen.

Aus den angegebenen Gründen wird sich zudem der Herrschaftstrieb immer mehr hinter Ideologien tarnen müssen, deren Schöpfer zwar Idealisten gewesen sein mögen, deren Träger aber vorweg Machthungrige sind.

Die Träger des Konfliktes

Die heutige Konfliktsituation muss nun aber auch im Hinblick auf die beteiligten Parteien untersucht werden, wobei in diesem Zusammenhang ebenfalls das erwähnte Modell zu berücksichtigen ist, nach welchem die Entwicklung wirtschaftlich zu steigender Abhängigkeit und geistig zu steigender Unabhängigkeit führt. Es können vorläufig bloss Fragen aufgeworfen werden, die näher geprüft werden sollten.

Die steigende wirtschaftliche Abhängigkeit als Folge vermehrter Arbeitsteilung ist zugleich Chance und Gefahr für die offene Gesellschaft. Chance einerseits, weil dadurch eine ungeheure wirtschaftliche Leistung ermöglicht wird, die in absehbarer Zukunft zu einer entscheidenden Arbeitszeitverkürzung überleiten wird. Der einzelne Mensch wird bald einmal in die Lage versetzt sein, sich in seinem Freizeit-Produkt als Mensch verwirklichen zu können, womit die mit der Arbeitsteilung herbeigeführte Entfremdung durch die Trennung von seinem Arbeits-Produkt aufgehoben wäre. So könnte der grossartige Gedanke von Karl Marx, der auf dem kommunistischen Weg so tragisch Schiffbruch erlitten hat, vielleicht auf dem demokratischen Weg dereinst realisiert werden.

Aber die durch die Arbeitsteilung unausweichlich bewirkte wirtschaftliche Abhängigkeit ist auch eine Gefahr für die offene Gesellschaft, weil die Versuchung gross ist, sie in politisch-ideologische Abhängigkeit umzumünzen.

Auch die steigende geistige Unabhängigkeit stellt jedoch zugleich Chance und Gefahr für die offene Gesellschaft dar: Chance, weil erst durch sie eine Vertiefung der Demokratie möglich wird. Und Gefahr, weil die zunehmende geistige Unabhängigkeit das Risiko einer sozialen Desinte-

gration und damit einer Verwirrung in sich trägt, die politisch-ideologisch ausgebeutet werden kann.

Was hier als Chance und Gefahr für die offene Gesellschaft erscheint, ist umgekehrt immer und gleichzeitig auch Gefahr und Chance für die geschlossene Gesellschaft.

Diese Ueberlegungen sind keine Beweise, sicher aber Hinweise auf den Umstand, dass im nunmehr ideologisierten Konflikt geschlossene und offene Gesellschaft, d. h. Diktatur und Demokratie als Parteien zu erwarten sind. Diese Feststellung scheint zunächst überflüssig. Die Frage, ob nicht die modernen Diktaturen aufgekommen sind, weil die Konflikte sich ideologisieren mussten, macht jedoch einsichtig, dass interessante Aspekte eröffnet werden. Die Frage wird hier bloss gestellt. Die Antwort muss vertiefter Konfliktforschung vorbehalten bleiben.

Immer als Ergebnis vorläufiger Ueberlegungen sei etwas vereinfachend unterstellt, dass

- Konflikte unter Demokratien praktisch nur noch auf dem Rechtsweg ausgetragen werden, in diesem Zusammenhang also irrelevant sind;
- Konflikte unter Diktaturen tendenziell durch militärische Aktionen ausgetragen werden und hier mittelbar relevant sind;
- Konflikte zwischen Demokratie und Diktatur hauptsächlich als politischer Krieg geführt werden und primär relevant sind.

Daher wollen wir kurz die erwartungsgemäss in der politischen Kriegführung beteiligten Ordnungen Demokratie und Diktatur in einem uns hier interessierenden Zusammenhang untersuchen.

«Der Gegensatz der heute sich verwirklichenden Möglichkeiten geht meistens unter den irreführenden Namen Marxismus und Kapitalismus, nicht unter den treffenden Namen Totale Herrschaft und Freiheit. Was heute geschieht, wird unklar gesehen, wenn man beide Gegensätze identifiziert. Der Marxismus hat zum Mittelpunkt seiner Doktrin den Begriff des Privateigentums an den Produktionsmitteln als des Unheils und seiner Abschaffung als des Heils. Unter dem Begriff des Privateigentums werden alle Schrecklichkeiten des technischen Zeitalters versteckt, all das, was sich überall in diesem Zeitalter aus der Struktur der Arbeit und Wirtschaft für die Daseinsform des Alltags ergibt und allen früheren Daseinsformen ein Ende setzt. Die Welt wird durch das marxistische Denken düpiert. Es handelt sich primär gar nicht um die Frage nach dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die freie Welt kämpft gegen die aus dem privaten Eigentum sich ergebenden Monopole, um gegen sie die Freiheit zu bewahren. Die totalitäre Welt dagegen beseitigt mit dem Privateigentum die Monopole zugunsten des einen Staatsmonopols, um nunmehr alle Freiheit im Namen des Gemeineigentums zu vernichten. Primär ist vielmehr die Frage nach der faktischen Organisation der Arbeit und der Weise der faktischen Verfügungsmacht über sie. Diese Macht wird ohne formelles Privateigentum grösser als es jede Macht der Wirtschaft innerhalb der freien Ordnung ist.»

Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 167 f.

Demokratie und Diktatur

Demokratie heisst Volksherrschaft und umschreibt eine Ordnung, in der die Mehrheit eines Volkes die wichtigen Entscheidungen fällt und als Aufgaben dem Staat überbindet. Wesentlich ist dabei der Umstand, dass der Volkswille vor

allem durch offensichtliche Notwendigkeiten bestimmt wird. Was nicht notwendig scheint, wird kaum angestrebt. Die von einer Volksmehrheit angestrebten Notwendigkeiten müssen daher offensichtlich sein, um als solche überhaupt erkannt zu werden.

In Friedenszeiten ergibt sich eine Volksmehrheit beinahe zwangsläufig nur für den Komplex der Wohlfahrtsförderung. Das ist einer Mehrheit als Notwendigkeit einsichtig, hautnah, täglich fühlbar, daher offensichtlich.

Ebenso ursprünglich ist in Zeiten eines militärischen Krieges, das heisst der offensichtlichen Gefahr, die Notwendigkeit einer Verteidigung. Während eines militärischen Krieges werden daher Volksmehrheiten fast zwangsläufig die Landesverteidigung bejahen. In diesem Sinne ist die Aussage zu verstehen, dass wir die Erscheinung «militärischer Krieg» weitgehend bewältigt haben und darauf rational reagieren.

Eine Diktatur andererseits besteht, um Ziele anzustreben, die sich kaum aus Mehrheitsbeschlüssen eines Volkes ergeben, sondern vom Diktator und seiner nächsten Umgebung gesetzt werden. Solche Ziele sind in seltenen Fällen vielleicht notwendig, sicher aber nicht offensichtlich notwendig; sonst müssten sie nicht diktatorisch durchgesetzt werden. Diese Ziele werden daher verfolgt, indem der Wille des Diktators dem Volke aufgezwungen wird, wobei oft nach aussen mit totalitären Mitteln der Schein einer erdrückenden, zustimmenden Volksmehrheit erzeugt wird und aufrechterhalten bleibt: Plebiszite mit 97—99 Prozent Ja-Stimmen.

Diktaturen als geschlossene Gesellschaften, in denen der Wille der Führung dem Volke aufgezwungen wird, können ihrerseits in zwei Gruppen unterschieden werden, und zwar nach der Frage, ob wesentlich innenpolitische oder aggressiv-aussenpolitische Ziele angestrebt werden.

Es kann festgestellt werden, dass innenpolitisch motivierte Diktaturen meist rechtsgerichtet, ideologiearm und relativ schwach, aussenpolitisch motivierte Diktaturen aber linksgerichtet, hochgradig ideologisch bestimmt und relativ stark sind. Letzteres trifft übrigens auch auf den Nationalsozialismus zu, der — und das mag erstaunen — wesentlich eine linksextreme Erscheinung war.

Links und rechts

Die politischen Begriffe «links» und «rechts» sind zwar fragwürdig geworden, stehen aber nach wie vor im täglichen Gebrauch. Sie werden hier in einem in diesem Zusammenhang bedeutsamen Sinn verwendet. Die üblicherweise als linksstehende Diktaturen eingestuft Regime weisen neben der Anwendung totalitärer Mittel — die sie mit den rechtsstehenden Diktaturen verbindet — einige Wesenszüge auf, die sie von rechtsstehenden Diktaturen unterscheiden:

- sie sind, mindestens nach aussen, einer Ideologie verpflichtet, die als Weltanschauung Allgemeingültigkeit beansprucht, und visieren daher internationale Ziele an;
- die staatlichen Ziele sind revolutionär, streben also Aenderungen auch mit Gewalt an;
- die Wirtschaft wird als Kategorie der Politik verstanden und dieser unter zentraler Leitung und Planung untergeordnet.

Demgegenüber steht für rechtsstehende Diktaturen fest:

- sie sind keiner Ideologie verpflichtet, die Allgemeingültigkeit beansprucht, und streben vorwiegend nationale Ziele an;
- die staatlichen Ziele sind reaktionär, bestenfalls evolutionär; Aenderungen werden mithin verhindert, bestenfalls durch gewaltarme Evolution angestrebt;
- die Wirtschaft braucht eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht entzogen zu werden.

«Neutralität hat einen mehrfachen Sinn. Man will sich aus einem Kampf heraushalten, um unbetroffen zu bleiben. Oder man will seine Kräfte sparen, um dann am Ende, wenn die andern abgekämpft sind, die Uebermacht zu haben als Schiedsrichter der Welt (Stalin 1939). Beide Weisen der Neutralität gehören zu den vielen Geschicklichkeiten und Listen. Sie sind daher faktisch auch nur als vorübergehend gemeint.

Ganz anders eine Neutralität, die ernst macht mit der Idee der Selbstbehauptung ohne den Anspruch auf Machterweiterung. Sie ist für alle anderen ohne Gefahr, denn sie wird auch den Besiegten unter ihnen nicht in den Rücken fallen. Diese Neutralität will die Gewalt ausschliesslich und in jedem Falle nur gegen den gebrauchten, der in das eigene Territorium eindringt.

Solche Neutralität ist kein Ausweichen vor dem Opfer. Sie übernimmt die grössten Anstrengungen für die Verteidigungsrüstungen. Sie ist entschlossen, im Ernstfall lieber unterzugehen, als sich unterwerfen zu lassen.»

Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 189.

Es zeigt sich, dass nach den beiden ersten Kriterien der Nationalsozialismus eindeutig als linksgerichtete Diktatur betrachtet werden muss. Einzig bezüglich der Wirtschaft könnten Zweifel bestehen. Wir halten indessen dafür, dass die Wirtschaft aus einer traditionellen Bereitschaft, der Obrigkeit zu folgen, sich damals und dort in einem zureichenden Ausmass freiwillig der Politik unterordnete, so dass der Verlust an Selbständigkeit und Unabhängigkeit nie genügend als erzwungen sichtbar geworden ist. Zweifellos aber war die Wirtschaft integraler Bestandteil der nationalsozialistischen Politik. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist daher der Nationalsozialismus als linksstehende Diktatur zu klassieren, während der italienische Faschismus in seinem Zenit eher als rechtsstehende Diktatur erscheint. Seine Ideologie hatte im wesentlichen einen nationalen Charakter. Seine Aussenpolitik war zunächst nicht aggressiv. Der Krieg gegen Abessinien ist als letzte Regung des europäischen Kolonialismus zu verstehen. Erst unter dem Zwang eines Zusammengehens mit Hitler konnte Mussolini das Abrutschen nach links nicht mehr verhindern. Dieser Zwang war mit eine Folge des Umstandes, dass man in den dreissiger Jahren von seiten der Demokratien nicht genügend differenzierte und die Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Faschismus zuwenig erkannte.

Die Tatsache, dass Faschismus und Nationalsozialismus von der kommunistischen und sozialistischen Lehre als rechtsstehende Diktaturen bezeichnet werden, ist taktisch leicht erklärbar. Bemerkenswert, auch im Sinne der hier angeführten Ueberlegungen, ist der Umstand, dass beide Diktaturen und Ideologien durch ihre Widersacher reichlich willkürlich auf das Niveau des ursprünglich eher rechtsextremen Faschismus angehoben worden sind. Dementsprechend hat die Sowjetunion einen antifaschistischen, nicht aber einen antinationalsozialistischen Krieg geführt, was auch zur Schonung der Begriffe «national» und vor allem «sozialistisch» opportun schien. Eigentlich hätte erwartet werden dürfen, dass umgekehrt der schwächere Faschismus unter den stärkeren Nationalsozialismus subsumiert worden wäre, was sich aber eben taktisch als weniger wirksam erwiesen hätte.

Dieser Exkurs dient nicht nur der Erklärung, warum der Nationalsozialismus als linksextreme Erscheinung betrachtet wird. Er hat vielmehr auch aktuelle Bezüge, die auf der Hand liegen. Sie betreffen Spanien, Portugal, Griechenland und einige lateinamerikanische Länder als innenpolitisch motivierte, rechtsstehende Diktaturen im Vergleich zu den kommunistischen Ländern als aussenpolitisch motivierte, linksstehende Diktaturen.

Auch in diesem Zusammenhang zeigen sich Wirkungen des politischen Krieges: die innenpolitisch motivierten Diktaturen, die aussenpolitisch keine Gefahr darstellen, werden bestenfalls auf die Stufe der aggressiven Diktaturen gestellt, oft sogar schlechter beurteilt. Da die innenpolitischen Diktaturen in der Regel keine oder keine nennenswerte Partei im Konflikt mit Demokratien sind, werden sie im weiteren Verlauf dieser Ausführungen nicht berücksichtigt.

Hier relevant ist vor allem die aussenpolitisch motivierte Diktatur, weil sie eine aggressive Aussenpolitik betreibt und mit ihrer Ideologie gegenüber der Umwelt einen Herrschaftsanspruch aufstellt.

Diese Diktatur wird unweigerlich den Ausbau der staatlichen Macht mit erster Priorität betreiben. Sie wird bereits in Friedenszeiten eine Kriegswirtschaft einrichten. Aus diesem Grunde wird diese Diktatur im Frieden und im Anfangsstadium eines militärischen Krieges im Konflikt die stärkere Partei sein.

Diese Diktatur wird unweigerlich den Ausbau der staatlichen Macht mit erster Priorität betreiben. Sie wird bereits in Friedenszeiten eine Kriegswirtschaft einrichten. Aus diesem Grunde wird diese Diktatur im Frieden und im Anfangsstadium eines militärischen Krieges im Konflikt die stärkere Partei sein.

Schlacht und Krieg

Das ist eine Entsprechung des oft wiederholten — aber in seinen Konsequenzen wohl selten überdachten — Satzes, dass die Demokratien Schlachten verlieren, aber den Krieg gewinnen. Gerade weil dieser Satz geistig nicht bewältigt worden ist, hat er verheerende Folgen gezeitigt. Er hat nämlich zu einer (oft unbewussten) Sie-

gesegewissheit geführt, die sachlich nicht mehr gerechtfertigt ist, wenn politischer Krieg geführt wird.

Zunächst die Frage, warum die Demokratien den militärischen Krieg gewannen, nachdem sie die Schlachten verloren hatten. Die Erklärung liegt darin, dass erst die verlorene Schlacht der Notwendigkeit einer mit grossen Opfern verbundenen Landesverteidigung jenes Moment der Offensichtlichkeit verleiht, das unumgänglich ist, um einer Volksmehrheit die unmittelbare Gefahr, in der sie schwebt, bewusst werden zu lassen. Ohne diese Offensichtlichkeit würde die Notwendigkeit von der Volksmehrheit wohl missachtet und die adäquate Anstrengung für die Landesverteidigung unterbleiben.

Ein zentrales Bestreben jedes Diktators muss daher darauf gerichtet sein, diese Offensichtlichkeit so lange als möglich nicht auftreten zu lassen und den Casus belli zu verwässern. Mit andern Worten: es ist ein ehernes Gesetz, dem sich kein Diktator straflos entzieht, dass er niemals zum Mittel des allgemeinen militärischen Krieges als hauptsächlichem Träger der Auseinandersetzung greifen darf. Solange er sich an dieses Gesetz hält, wird er in der gegnerischen Demokratie eine Beteiligung am Konflikt auf Grund der Volksmehrheit verhindern können.

Das erklärt das scheinbare Paradoxon, dass im Endeffekt die Diktatur, die im Frieden eine Kriegswirtschaft aufbaut, im militärischen Krieg am schwächsten, im politischen aber am stärksten war, und dass die Demokratie, die im Frieden eine Friedenswirtschaft aufbaut, im militärischen Krieg am stärksten, im politischen Krieg aber am schwächsten war. Dazu folgende Ueberlegung: Hätte Hitler im Sommer 1939 nicht in Missachtung dieses Gesetzes den Bogen überspannt, so wäre ihm vermutlich die katastrophale «Neuordnung Europas» gelungen.

Diese Ueberlegungen führen zum Schluss, dass der Diktator immer die politische Kriegführung suchen muss. Wir stellen freilich mit echter Verwunderung fest, dass nur die kommunistischen Diktatoren dies offenbar verstanden und sich diesem Gesetz konsequent untergeordnet

Aus «Volksarmee», der Wochenzeitung der Nationalen Volksarmee der DDR, Ost-Berlin, 51/1970. «Schutz des Sozialismus» heisst auch Aggression gegen Andersdenkende: Korea 1950, DDR 1953, Ungarn 1956, Vietnam 1965, Tschechoslowakei 1968. «Feuer der Herzen»? Zwang der Diktatur?



F1a-Raketenkanoniere nach dem Studium der 14. ZK-Tagung
Macht der Waffen, Kraft der Fauste
Feuer der Herzen
für den Schutz des Sozialismus!

haben. Daher fehlt den Demokratien heute die zureichende Vorbereitung auf die politische Kriegführung.

Es ist bereits erklärt worden, warum jedes Volk von sich aus nur ungenügend zu einer politischen Kriegführung befähigt ist. Diese Art der Kriegführung ermangelt jener Unmittelbarkeit und Offensichtlichkeit, die eine Volksmehrheit von der Notwendigkeit eines unter Umständen opfervollen Einsatzes fast reflexartig überzeugen würde. Denn es winken keine Vorteile, und es drohen keine sichtbaren Nachteile. Es marschieren in der Regel keine Kampfverbände, und Soldaten verlieren ihr Leben nicht in einem Weltkrieg. Die Wirkungen stehen in keinem übersichtlichen Zusammenhang mehr mit ihren Ursachen.

Natur des politischen Krieges

Welcher Art ist nun diese politische Kriegführung, die sich der bereits erwähnten politischen, wirtschaftlichen, psychologischen und militärischen Mittel bedient? Wer eine Antwort zu erarbeiten versucht, muss sich dessen bewusst bleiben, dass keine erschöpfende Liste der Methoden und der taktischen Anweisungen zusammengestellt werden kann. Der politische Krieg ist in höchstem Masse mobil und elastisch; die Methoden sind praktisch unbegrenzt, weil ihnen keine rechtlichen oder moralischen Grenzen auferlegt sind. Damit wird verständlich, dass und warum es keinen Katalog der politischen Kampfmethoden geben kann. Er darf nicht sein, weil sonst Gefahr bestünde, dass neue und andersartige Methoden übersehen werden. Immerhin kann gesagt werden, dass die politische Kriegführung ganz allgemein mit jedem tauglichen Mittel auf die Schwächung des Gegners abzielt, um ihn zu einer allmählichen Anpassung zu zwingen.

Der politische Krieg untersteht den Erfordernissen von Strategie und Taktik nicht weniger als der militärische Krieg. Daher müssen die Begriffe «Strategie» und «Taktik» so formuliert werden, dass sie für jede Form des Krieges verwendbar sind: *Strategie ist die Gesamtheit der eingesetzten Mittel zur Erreichung des Endzieles; Taktik ist die Gesamtheit der eingesetzten Mittel zur Erreichung der notwendigen Zwischenziele auf dem Weg zum Endziel.* Die Strategie ist demnach immer starr endzielgerichtet, die Taktik dagegen äusserst elastisch zwischenzielgerichtet, weil die Zwischenziele den konkreten Bedingungen angepasst werden und daher rasch ausgewechselt werden können. Die nähere Bestimmung des Inhaltes der Definitionen ist abhängig von der Formulierung des Endzieles einerseits und von den aus taktischen Gründen als unumgänglich betrachteten Zwischenzielen andererseits.

Die Demokratie kennt, vom Sonderfall des absterbenden Kolonialismus abgesehen, keine primären Aggressionen, die auf Krieg drängen würden. Konflikte lassen sich daher auf dem Rechts- und Schiedsgerichtsweg lösen. Endziel der Demokratie ist die umfassend soziale Entwicklung innerhalb der gesetzten Grenzen und Begrenzungen.

Die Erfahrung lehrt, dass sich keine Ideologie aus eigener Ueberzeugungskraft im Weltmassstab durchzusetzen vermag. Wenn die Träger einer Ideologie der Versuchung erliegen, der Ideo-

logie durch Gewalt und Zwang Nachachtung zu verschaffen, oder wenn reine Machtmenschen sich zur besseren Befriedigung ihres Herrschaftstriebes mit einer Ideologie umgeben, entsteht die ideologisch motivierte Diktatur.

Im Gegensatz zur Demokratie tendiert daher die ideologisch motivierte Diktatur immer auf Aggression, die in einen Krieg mündet. Endziel dieser Diktatur ist die Vollstreckung des Allgemeingültigkeitsanspruches ihrer Ideologie.

Da sich so in der ideologisch motivierten Diktatur die Ideologie untrennbar mit Gewalt und Zwang verbindet, ist diese Verbindung auch im Endziel vorhanden. Zur Vollstreckung des Allgemeingültigkeitsanspruches der Ideologie gesellt sich ebenso untrennbar der *Anspruch auf Weltherrschaft*, und das sogar dann, wenn der *Hegemonieanspruch in der Ideologie selbst nicht vorhanden ist*. Das Endziel der aussenpolitisch motivierten Diktatur enthält daher ein ideologisches und ein machtpolitisches Element; es ist die Beherrschung der Umwelt, auch der ideologisch andersartigen.

«Der Kampf mit Gewalt fordert List, Irreführung, Ueberrumpelung. Daher ist, solange Politik im Hinblick auf die jederzeit mögliche Gewalt stattfindet und sich nicht in Rechtsverfahren wandelt, die Lüge ein Prinzip der Politik.»

Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 213.

Dieses Ziel ist nur durch Krieg erreichbar, aber der Krieg kann militärisch oder politisch sein. Wird, in Missachtung des bereits erwähnten Gesetzes, der militärische Krieg als Hauptträger des Konfliktes gewählt, dann muss die Gesamtheit der Massnahmen vorrangig den Zwischenzielen Rüstung und Ausbildung untergeordnet werden. Wird dagegen der politische Krieg gewählt, so muss die Gesamtheit der Massnahmen auf die umfassende Stärkung der Diktatur und auf die umfassende Schwächung des Gegners, d. h. der Demokratie, gerichtet sein.

Die inneren Massnahmen zur Stärkung der Diktatur zielen auf *unité de doctrine* und *unité d'action* unter Ausschaltung der Opposition ab, sowie auf den Ausbau der Machtwirtschaft unter Hinnahme einer allenfalls gekürzten gesamtwirtschaftlichen Leistung.

Im machtpolitischen Vergleich spielt die gesamtwirtschaftliche Leistung eine kleinere Rolle, als oft angenommen wird, die machtwirtschaftliche Leistung dagegen eine viel grössere. Was nur zögernd begriffen wird, ist die Tatsache, dass eine grössere machtwirtschaftliche Leistung in einer vergleichsweise kleineren gesamtwirtschaftlichen Leistung eingebettet sein kann.

Die äusseren Massnahmen zielen, wie gesagt, auf die Schwächung des Gegners. Unter Gegner wird im folgenden die Demokratie verstanden.

Der Gegner ist nach der Bewusstseinslage seiner Bevölkerung vielschichtig. Man kann, von der Diktatur aus urteilend, drei grössere Gruppen unterscheiden: Feinde, Neutrale und Sympathisanten. Grundsätzlich muss mit den erwähnten politischen, wirtschaftlichen, psychologischen und militärischen Mitteln versucht werden, Feinde in Neutrale und diese in Sympathisanten zu verwandeln. Dementsprechend können drei Methoden- und Motivkomplexe unterschieden werden, die gestaffelt, kombiniert, teilweise oder ganz angewendet werden:

- Aufweichung der Feinde
- Ansprecherung der Neutralen
- Organisation der Sympathisanten.

Verunsicherung als wichtigste Voraussetzung

Zunächst kann gesagt werden, dass intakte soziologische Strukturen, die Loyalität vom Volk zur Regierung, die politische Stabilität, der Zusammenhalt eines Volkes, kurz: der freiwillige allgemeine Konsens in den wesentlichen Fragen der Gemeinschaft die Stärke der Demokratie ausmachen, die als offene Gesellschaft ohne diesen Konsens im Grunde die schwächste aller Staatsordnungen wäre.

Um einen politischen Krieg gegen die Demokratie zu führen, muss der Aggressor vorerst ein günstiges Klima erzeugen. Zu diesem Zweck werden *Spannungen und Schwächen* ausgenützt, die selbstverständlich jeder menschlichen Gemeinschaft — wenn auch in unterschiedlichem Ausmass — eignen. Die reale Demokratie, die beispielsweise von Repression weder frei ist noch frei sein kann, wird im Vergleich mit einer idealen — um nicht zu sagen utopischen — Demokratie bestenfalls in konstruktiver Form in Frage gestellt, meist aber künstlich abgewertet. Die Glaubwürdigkeit der Führung wird unterminiert, das Vertrauen des Volkes erschüttert, bis ein *Trend zur Selbstanklage* entsteht.

Solche Spannungen und Schwächen sind im Grunde Polarisierungen der öffentlichen Meinung zwischen dem, was notwendig erscheint, und dem, was möglich ist. Die Demokratie kann sich nur aus solcher Spannung weiterentwickeln. Aber wenn die Spannung in extreme Polarisation ausartet, wird sie zur Schwäche. Was also als Spannung für die Demokratie lebenswichtig ist, enthält immer auch eine mögliche Schwächung als Ansatz ihres Unterganges. Je schärfer eine Demokratie in eine Konfliktsituation einbezogen wird, desto rascher schlägt Spannung in Schwäche um. Spannungen sind daher natürliche Einsatzfelder für die Diktatur. Aber Spannungen können auch von sich aus, ohne Beeinflussung durch die Diktatur, in Schwächen umschlagen. Der Inhalt solcher Spannungen ist praktisch unbegrenzt; sie sind als Polarisierungen der Meinungen ethnische, religiöse, sprachliche, rassische, soziale, wirtschaftliche oder moralische Minderheitenprobleme, die somit alle zum Bestandteil der politischen Kriegführung werden können.

Hier ist nochmals zu betonen, dass die Interessen der Diktatur nicht nur durch ihre eigenen Agenten wahrgenommen werden, sondern stets zahlreiche gutgläubige Träger finden, die sich weder der objektiven Motive noch der gesamtpolitischen Wirkungen bewusst sind.

Mehr noch: die Grenze zwischen dem, was konstruktive Erneuerung, und dem, was destruktive Infragestellung der Demokratie ist, wird zunehmend unscharf und lässt sich zuweilen erst aus historischer Distanz genau festlegen. Dieser Zwiespalt der Demokratie ist zugleich auch ihre Tragik. Darauf wird noch zurückzukommen sein im Versuch zu zeigen, wie dieses Problem in einer Rückbesinnung auf das, was Demokratie überhaupt sein kann, vielleicht doch gelöst zu werden vermag.

Immerhin sei beigefügt, dass neben diese schlechende geistige Verunsicherung zunehmend auch die existentielle Verunsicherung tritt, die sich jenen, die sehen wollen, längst angekündigt hat: die Anwendung der Guerillataktik durch Soldaten ohne Uniform in einem Krieg, der nicht erklärt ist: Attentate, Terror, Entführungen, Erpressungen.

aktuell **haupt** aktuell **haupt** aktuell **haupt** aktuell **haupt** aktuell **haupt** aktuell **haupt** aktuell **haupt**

Markus M. Ronner **Aktive Neutralität**

Mit Beiträgen zur Vertiefung des aussenpolitischen Denkens von Prof. Dr. J. R. von Salis, Prof. Dr. Walther Hofer u. a. Eidgenössische Zukunft 6. 35 Seiten. Kartoniert Fr. 5.80

Prof. Dr. Rudolf L. Bindschedler

Die Schweiz in der Völkergemeinschaft von morgen

Hypothesen über die politische Entwicklung in der Zukunft. Eidgenössische Zukunft 8. 35 Seiten. Kartoniert Fr. 5.80

Dr. Arnold Jaggi **Die Schweiz — gestern, heute und morgen**

Die drohende Ueberbevölkerung, die Ueberfremdung, die Ueberindustrialisierung — mit all den heute noch kaum abschätzbaren Konsequenzen und Spätfolgen. Eidgenössische Zukunft 9. 103 Seiten. Kartoniert Fr. 11.80

Dr. Marga Bührig und Dr. Anny Schmid-Affolter

Die Frau in der Schweiz

Standortbestimmung der Schweizer Frau in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Staat und Politik 6. 131 Seiten mit vielen Photos. Kartoniert Fr. 7.80

Prof. Dr. Erich Gruner

Regierung und Opposition im schweizerischen Bundesstaat

Alte und neue Opposition in der Schweiz und ihre Funktion in einem modifizierten Regierungssystem. Staat und Politik 7. 71 Seiten. Kartoniert Fr. 6.80

PD Dr. Jürg Steiner

Gewaltlose Politik und kulturelle Vielfalt

Hypothesen, entwickelt am Beispiel der Schweiz. Res Publica 2. 375 Seiten. Kartoniert Fr. 48.—

Verlangen Sie den Spezialprospekt «haupt aktuell» zu brennenden Tagesproblemen bei Ihrem Buchhändler oder direkt beim Verlag.

haupt

VERLAG PAUL HAUPT BERN

Die Feinde aufweichen

Wenden wir uns vorerst dem Methodenkomplex «Aufweichung der Feinde» zu. Es geht darum, bei den in der Demokratie lebenden Menschen eine Entscheidung für Anpassung an, oder Widerstand gegen, die Diktatur zu erzwingen. Mit indirekten Mitteln werden die Anpasser in Neutrale und womöglich in Sympathisanten umgewandelt. Mit direkten Mitteln werden die, welche für den Widerstand optiert haben, wirkungslos oder gar unschädlich gemacht.

Als indirekte Mittel sind zu bezeichnen:

• **Infiltration**, um Agenten und/oder Sympathisanten einzuschleusen, und zwar als Informanten, als Diversanten, als mögliche Träger von Entscheidungen in zuständigen Behörden.

• **Subversion**, um gegebenenfalls Funktionen der Staatsordnung tötlich zu behindern oder lahmzulegen. Das Ergebnis erfolgreicher Subversion ist im Grunde die Sabotage. Daher rechnen wir die Wirtschaftssabotage zur Subversion und betrachten sie als Bestandteil des Methodenkomplexes «Aufweichung der Feinde».

Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Wirtschaftssabotage ein ausserordentlich wichtiges Instrument der politischen Kriegführung gegen die Marktwirtschaft darstellt. Der häufigste Fall von Wirtschaftssabotage ist der wilde Streik, der meistens von einigen wenigen Agenten angeheizt wird. Auch für die wilden Streiks gilt, was in anderem Zusammenhang in allgemeiner Form festgestellt worden ist; oft genug lässt sich nicht mit Sicherheit bestimmen, was eine noch gerechterweise vertret-

bare Forderung der Arbeitnehmer ist und was bereits auf eine gesamtwirtschaftliche Schwächung der Marktwirtschaft hinczielt.

Die Schweiz weist in dieser Beziehung geradezu ideale Verhältnisse auf; das Friedensabkommen der Maschinenindustrie ist eine demokratische Leistung, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Es ist daher zu vermuten, dass künftig vermehrt gegen diesen Arbeitsfrieden agiert werden wird.

Als direktes Mittel des Aggressors zur Bekämpfung seiner erklärten Gegner gilt die Isolierung der Feinde, um sie von ihren Anhängern zu trennen. Das geschieht generell, indem der spezifische Antitotalitarismus mit negativen Assoziationen angereichert wird. So wurden seinerzeit bekanntlich die Gegner des Nationalsozialismus als Handlanger der bolschewistisch-jüdisch-kapitalistisch-kolonialistischen Verschwörung bezeichnet, während heute die Gegner des Kommunismus als Anhänger der faschistisch-jüdisch-kapitalistisch-kolonialistischen Verschwörung diffamiert werden.

In spezifischen Formen wird die Isolierung durch Rufmord betrieben. Der Rufmord wird nicht ausschliesslich gegen Personen gerichtet. Der Kampf gegen die Organe der staatlichen Ordnung, namentlich Polizei und Armee, ist als Rufmord durchaus unter dem Komplex «Aufweichung der Feinde» zu fassen. Keineswegs so undenkbar, wie heute hierzulande noch angenommen wird, sind überdies Attentate zur Eliminierung bestimmter besonders hartnäckiger und politisch exponierter Feinde.

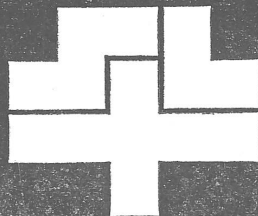
Die Neutralen ansprechen

Die «Ansprechung der Neutralen» erfolgt vorwiegend auf dem Weg der Propaganda, einerseits unmittelbar durch abhängige Medien, andererseits mittelbar durch bewusste und unbewusste Disinformation in unabhängigen Medien.

In der Disinformation ist aus Gründen, die hier raumbedingt nicht aufgeführt werden können, die schärfste Waffe der Diktatur in der politischen Kriegführung zu erkennen. Im kleinsten Kern mögen Infiltranten Urheber und Träger der Disinformation sein, Leute, die sich mit gutgläubigen Kreisen umgeben, von denen Lenin etwas abschätzig als von nützlichen Idioten gesprochen hat. Aber diese Disinformation hat sich auch ohne diktatorisches Dazutun von einer Spannung zu einer Schwäche in der Demokratie entwickelt.

Das Ergebnis erfolgreicher Disinformation ist die entstellte Optik oder das «selektive Gewissen». Danach werden ähnliche Erscheinungen im Trend zur Selbstanklage unterschiedlich bewertet oder graduell abweichende Erscheinungen qualitativ gleichgestellt. Als Illustration könnte etwa die Verurteilung der sowjetischen Schriftsteller Daniel und Sinjawskij einerseits und des griechischen Komponisten Theodorakis andererseits angeführt werden. Die letztere, viel harmlosere, hat die freie Welt mehr erregt als die erstere: «ähnliche» Erscheinungen wurden gegenläufig bewertet. Eine graduell abweichende Erscheinung, die jedoch qualitativ fälschlicherweise gleichgestellt wird, ist etwa ordnende Repression in der Demokratie und totalitäre Massnahme in der Diktatur. Oder: die Niedermetzelung von Zivilisten in My Lai durch Amerikaner ist eine Ausnahme, die durch menschliche Unzulänglichkeiten erklärt, wenn

Für alle Bankgeschäfte



**Spar + Leihkasse
in Bern**

Handels- und Hypothekenbank

Bundesplatz 4 · Telefon 031 221351

auch nicht entschuldigt werden kann. Der Terror des Vietcong hingegen fließt aus einem Prinzip und stellt eine Regel dar. Oder schliesslich die Prozesse von Burgos und Leningrad, die nach Motiven und Durchführung nicht die Ähnlichkeit aufwiesen, die ihnen unterstellt worden ist. In Burgos sind Ermordungen erfolgt, die den Angeklagten nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden konnten. Diese Angeklagten haben sich indessen zu einer Bewegung bekannt, die Gewalt zum Sturz der Staatsmacht anzuwenden gewillt ist. Ausländer konnten als Verteidiger und als Beobachter teilnehmen. In Leningrad wurden Personen des wahrscheinlich fabrizierten Deliktes einer geplanten Flugzeugentführung angeklagt, Personen, die gegen die Staatsmacht keine Gewalt einsetzen wollten, sondern nur ihre verfassungsmässigen Rechte durchsetzen möchten. In Leningrad konnten Ausländer weder als Verteidiger noch als Beobachter dem Prozess beiwohnen. Und nach der Umwandlung der Todesstrafe steht den Häftlingen der Aufenthalt in einem Konzentrationslager bevor, den sie bestenfalls mit schweren gesundheitlichen Schäden überstehen werden.

Nur eine durch Disinformation entstellte Optik kann beide Erscheinungen als gleichwertig einstufen.

Auch für die Disinformation ist gültig, was bezüglich der Verunsicherung angetönt wurde: sie ist um so erfolgreicher, je grösser der Kern der Wahrheit im Mantel der Unwahrheit ist. Hier befindet man sich ebenfalls in jenen gefährlichen Zwischenbereichen, in denen oft nur schwer bestimmt werden kann, was schon Lüge, was noch Wahrheit ist.

Die Disinformation ist nicht nur in Zeitungen feststellbar, sondern natürlich auch in Radio und Fernsehen.

Unter dem Titel «Ansprache von Neutralen» ist eine weitere Erscheinung anzuführen, die Bestandteil politischer Kriegführung ist. Wir meinen die Schaffung und Ausnützung von Abhängigkeiten, wie sie sich ideell und materiell auf vielfältigen Wegen ergeben, namentlich auch als Folge wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller, sportlicher und diplomatischer Kontakte. Hier wird sichtbar, dass auch jenes, was unter dem Begriff «Public relations» zusammengefasst wird, als Kategorie der politischen Kriegführung verstanden werden muss. Schliesslich sind Kollektivleistungen wie etwa in der Raumfahrt, weltpolitische Machtpositionen und der Anspruch, Vollzieher geschichtsnotwendiger Abläufe zu sein, Anziehungskräfte, die besser oder schlechter genutzt werden können.

Die Sympathisanten organisieren

Dieser Methodenkomplex befindet sich dauernd in Anwendung. In der Regel besteht eine kleine, verhältnismässig straff organisierte Partei. Wo sie verboten ist, wird sie im Untergrund aufgebaut. Dieser Partei ist nicht nur die Aufgabe gestellt, die Kader für Agitation und Propaganda heranzubilden; sie muss vielmehr auch ständig prüfen, wie sich die Voraussetzungen zum Aufbau eigentlicher Massenorganisationen entwickeln.

Daher umgibt sich die Kaderpartei womöglich mit einer Anzahl meist unbedeutender Organisationen mit kultureller, sportlicher, sozialer, zuweilen sogar kommerzieller und wissenschaftlicher Zielsetzung, die ebenfalls in Massenorganisationen mit spürbarer Breitenwirkung ausgebaut werden, sobald das Klima zu diesem Zweck günstig erscheint. Eigentliche paramilitärische Organisationen werden indessen erst in einem Reifestadium möglich, da der Sieg schon in greifbarer Nähe gerückt ist.

Diese Parteien haben eine weitere Bedeutung, die oft unterschätzt wird. Sie erlauben der Diktatur

eine eigenartige Doppelzüngigkeit, die in der politischen Kriegführung eine wichtige Rolle spielt. Dank diesen «nationalen» Parteien können Diktatoren ihre Meinung in fremden Ländern verkünden lassen, ohne dadurch selber belastet zu werden. Mit solchen Parteien als Transmissionsriemen der Diktatur ist die angegriffene Demokratie mit einer eigenen nationalen Erscheinung konfrontiert, was den Spielraum der Diktatur im politischen Krieg ausweitet, jenen der Demokratie aber einengt.

«Totalitarismus und Freiheit sind Gegensätze von Prinzipien, Russland und der Westen Gegensätze geschichtlicher Substanzen. Beide Gegensätze brauchen nicht auf die Dauer zusammenzufallen. Völker sind nicht Prinzipien. Das russische Volk hat mehr Möglichkeiten als jenes Prinzip der totalen Herrschaft, wie das deutsche Volk mehr als das totalitäre Prinzip im Nationalsozialismus. Die Prinzipien der politischen Freiheit und des Totalitarismus wandeln beide ihre Gestalt und können wie Funktionen erscheinen, hinter denen das Tiefere, Dauernde der geschichtlich gewordenen grossen Völker wirksam ist. Die Russen sind nicht identisch mit dem Totalitarismus.

Zwischen den Prinzipien der totalen Herrschaft und der Freiheit ist kein ehrlicher Kompromiss möglich. Wohl aber können Völker sich begegnen, auch wenn sie von jenen Prinzipien gegensätzlich beherrscht sind. Denn Völker sind wie einzelne Menschen stets die Wirklichkeit, an der die Prinzipien nur eine teilweise Realisierung gewinnen. Daher kann sinnvollerweise die Kompromisslosigkeit gegenüber dem entgegengesetzten Prinzip nicht totale Feindschaft zu einem Volke bedeuten. Der «Kreuzzug» gegen ein Volk setzt dieses herab. Er beruht auf einer Fiktion, die, weil sie den Gegner im ganzen vernichtet, zurückschlagen muss.»

Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 173.

Sicherung der Demokratie

Es stellt sich nun die Frage nach den Verteidigungsmöglichkeiten der Demokratie im politischen Krieg. Zunächst sei unterstrichen, dass bis jetzt Werturteile unterblieben sind. Je nach Standort des Lesers konnten Schlussfolgerungen abgeleitet werden, die zu beeinflussen nicht versucht worden ist. Eine mögliche solche Schlussfolgerung könnte in Forderungen bestehen, wie sie zum Teil schon erhoben worden sind oder noch erhoben werden, z. B.

- Verbot der KP und ihrer Frontorganisationen;
- Verbot aller Kontakte mit kommunistischen Ländern;
- Verbot der Veröffentlichungen der Neuen Linken;
- Verbot der Kritik an unseren Behörden;
- Verbot der Infragestellung der Demokratie;
- Verbot der Sexliteratur.

Solche Forderungen erscheinen im wesentlichen als geistig unredlich, politisch fragwürdig und rechtlich nicht durchsetzbar. Man kann generell festhalten, dass solche Massnahmen einem Notstand vorbehalten bleiben und zeitlich beschränkt sein müssen.

Wir leben indessen, jedenfalls gegenwärtig, nicht in einer Zeit offensichtlicher Gefahr. Zudem könnte es wohl sein, dass die totale Infragestellung bisheriger Werte notwendigerweise jenen

Uebergang zum technotronischen Zeitalter charakterisieren muss, auf das wir uns hinbewegen. Diese Uebergangszeit kann nun allerdings die Demokratie in den Abgrund führen; sie kann aber auch zu einer Wandlung, zu einer Vertiefung und zu einer Vermenschlichung der Demokratie Anlass geben. Wenn das die Etappe jener historischen Wegstrecke sein wird, die wir überblicken können, dann wird von unseren Enkeln aus der Rückschau gesagt werden, dass erst die Ueberwindung des Totalitarismus, als Bestehen einer geschichtlichen Prüfung, die Verwirklichung einer idealen Demokratie erlaubte.

Damit seien nun keineswegs die Gefahren verniedlicht, mit denen wir uns konfrontiert sehen. Im Gegenteil: diese Gefahren sind ungleich grösser, als der Bürger gemeinhin annimmt.

Aber — und das ist ein wichtiger Punkt — diesen Gefahren kann in der Regel nicht durch befristete Notstandsmassnahmen begegnet werden. Sie müssen vielmehr vom einzelnen aus in langfristiger Arbeit bewältigt werden. Das heisst wiederum nicht, dass staatliche Massnahmen überflüssig wären. Im Gegenteil. Diese staatlichen Massnahmen sollten sich jedoch auf eine objektive Orientierungshilfe konzentrieren.

Die Frage der Gewaltanwendung

Zur Veranschaulichung sei ein Beispiel herausgegriffen: die Erscheinung extremistischer Jugendgruppen, die zur Gewaltanwendung gegen unseren Staat bereit sind. Diese Erscheinung hat vorläufig noch keine Demokratie geistig und politisch bewältigt, auch die Schweiz nicht. Es wird ihr mit einer merkwürdigen Hilflosigkeit begegnet, zumal ein Teil der Postulate dieser Gruppen vernünftig und notwendig erscheint, zumal auch die meisten ihrer Vertreter durchaus gutgläubig sind. Trotzdem unterstellen wir, dass diese extremistischen Jugendgruppen unbewusst als Instrumente politischer Kriegführung der Diktatur wirken. Sie lassen sich von ihr manipulieren.

Zur Frage der Gewalt an sich ist in aller Kürze zu bemerken, dass sie als Mittel zur Durchsetzung von Glaubensinhalten irgendwelcher Art immer und jederzeit abzulehnen ist. Der Hinweis auf gute Ziele rechtfertigt keine Gewaltanwendung, wie auch der Zweck nie die Mittel zu heiligen vermag. Das sind Postulate praktischer Vernunft. Gewalt erzeugt unfehlbar Gewalt, und in der Restauration ist noch allemal das Positive verlorengegangen, was eine Revolution allenfalls gebracht hat. Gewaltanwendung ist Krieg und zwingt den Gegner der Gewaltanwendung zu Kriegshandlungen.

Dies aber mag notwendig sein: dass Gewalt gegen Gewalt defensiv angewendet wird. Es wird immer Menschen geben, die der Gewaltanwendung erliegen, wenn sie nicht der Gewalt begegnen. Solche Gewaltanwendung steht indessen nicht im Dienste von Glaubensinhalten, sondern bezweckt die Erhaltung jener Form, die allen Glaubensinhalten gleiches Recht sichert.

In der Diktatur darf Gewalt unter Anrufung des Widerstandsrechtes angewendet werden. In der Demokratie ist das Recht auf Opposition prinzipiell gegeben; es muss nicht mit Gewalt angerufen werden. Die Vermessenheit der Gewaltanwendung in der Demokratie liegt nicht darin, dass eine Minderheit gegenüber einer Mehrheit sachlich besser entscheidet; das kann oft der Fall sein. Die Vermessenheit liegt darin, dass die Minderheit glaubt, die Verantwortung für die Mehrheit tragen zu können. Das kann sie nicht, ohne eine Diktatur zu errichten.

Wie kann sich, so ist daher zu fragen, die Demokratie gegen die innere Gewaltanwendung durch oppositionelle Gruppen verteidigen? Wir wollen diesen Fall als Illustration etwas eingehender durchdenken, um zu versuchen, vom einzelnen auf das Allgemeine zu schliessen. Wir sollten so Richtlinien und Verhaltensweisen gewinnen, bestenfalls sogar eine geistige Grundlage für die Sicherung der Demokratie.

Gefahr und Verbot

Man darf einerseits davon ausgehen, dass die gewaltanwendenden Radikalen als Gefahr, als Bedrohung empfunden werden, und zwar durch eine überwiegende Mehrheit. Diese Feststellung ist unbestritten. Die Extremisten haben die Grenze einer sich bloss in theoretischen Erklärungen ergehenden Sekte überschritten und Gewalt tatsächlich angewendet. Andererseits bewegen sie sich als Minderheit in einer ihre Gedankengänge ablehnenden Umwelt. Wäre dies nicht der Fall, so würde der Sinn der Gewaltanwendung wegfallen, und die Radikalen könnten faktisch die Macht übernehmen. So aber wird sich die ablehnende, meist stumme Mehrheit von den gewaltanwendenden Radikalen bedroht fühlen oder bedroht wissen.

An diesem Punkt der Ueberlegungen ist ein oft vernachlässigter Umstand einzubeziehen: die Tatsache nämlich, dass Intensität und Ausmass der Ablehnung in der Mehrheit selbst stark und in einem breiten Spektrum variieren. Es wird, um nur einige Beispiele zu nennen, Leute geben, die ebenso extrem gegen die Extremisten vorgehen möchten; es wird Leute geben, die mehr

oder weniger differenzieren; und es wird schliesslich Leute geben, die zwar den Extremisten feindlich gegenüberstehen, sie jedoch aus anderen, vorwiegend psychologischen Gründen in konkreten Fällen unterstützen. Meist aber — und das ist der zweite Umstand, der hier zu berücksichtigen ist — wird als Spontanreaktion von seiten der gegnerischen Mehrheit bewusst oder unbewusst die eindeutigste Alternative zur Anpassung vorgeschlagen: *das Verbot der extremistischen Organisation*. Diese Alternative drängt sich geradezu auf, weil sie das Problem bequem zu beheben scheint: der Stein des Anstosses würde aus der Welt geschafft. Und der Bürger müsste sich als durch die Berufsarbeit überforderter Zeitgenosse nicht mehr mit Fragen, die immer komplexer und unübersichtlicher werden, beschäftigen.

Bevor diese Ueberlegungen weitergeführt werden, sei darauf hingewiesen, dass hier aus Raumgründen ausserordentlich wichtige Probleme nicht behandelt werden können. Wir meinen damit konkret den Umstand, dass wir alle infolge einer im technonischen Zeitalter steigenden Arbeitsintensität auch gegenüber solchen Problemen Fluchtreaktionen bekunden, die uns fundamental betreffen. Der zu bezahlende Preis ist voraussichtlich die Tangierung der bisherigen Demokratie; er könnte aber sehr wohl im Verlust der Demokratie überhaupt bestehen.

Dies gesagt, möchten wir auf unsere Ueberlegungen zurückkommen. Es ist gezeigt worden, warum die Verbotsforderung sich gegenüber drohenden Gefahren als Fluchtreaktion geradezu aufdrängt.

Das führt zum dritten Punkt. Die zunächst nur dumpfe Forderung nach einem Verbot der radikalen Organisation wird geprüft, vom Volk und von der Regierung. Nun erweist sich, dass das

Verbot verworfen werden muss, weil geistig unredlich, politisch fragwürdig und rechtlich nicht durchsetzbar. Jedenfalls wird die Regierung nicht bereit sein, ein Verbot auszusprechen. Täte sie es dennoch, so würde sich das Verbot als unbehelflich erweisen, weil die Volksmehrheit zur irrigen Auffassung käme, dass das Problem damit erledigt sei. Im Hintergrund, bzw. Untergrund jedoch müsste das Problem weiterschweben.

Bedürfte es eines Beweises, so könnten wir auf das KPD-Verbot in der Bundesrepublik Deutschland hinweisen, wo sich die kommunistische Unterwanderung im Schatten des Verbotes ausbreiten konnte, da der Bürger die Bedrohung mit dem Verbot fälschlicherweise erledigt wähnte.

Verweigerung des Verbotes

Indessen wird die Regierung ein solches Verbot ausserhalb des Notstandes, wie wir feststellten, richtigerweise nicht aussprechen. In der Regel wird sie es aber auch beim Verbotsverzicht bewenden lassen. Es wird noch zu zeigen sein, dass hier der entscheidende Punkt liegt, wo die Demokratie besonders in Europa allzu oft versagt hat.

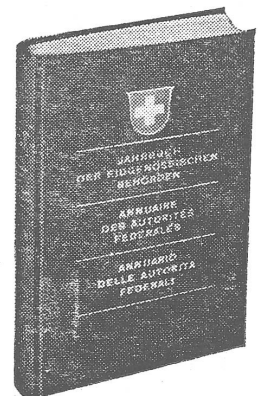
Denn die Verweigerung des Verbotes durch die Regierung hat in den verschiedenen Volkskreisen so viele negative Konsequenzen, wie Motive für Forderung oder Verweigerung des Verbotes bewusst werden. Der Bürger, der das Verbot forderte, weil die radikale Organisation eine Gefahr darstelle, kommt nun zum Schluss, dass sie keine Gefahr bedeute. Wer das Verbot wollte, weil die Radikalen undemokratisch seien, erfährt nun, dass er selbst undemokratisch ist, indem er ein



VINICA COMPAGNIE SA, 4000 Basel 9

Im April erscheint
das neue

Jahrbuch der eidg. Behörden 1971



mit Bild und Biographie aller **Bundesräte, Nationalräte, Ständeräte, Bundesrichter und der schweizerischen Diplomaten im Ausland.**

Biographien zweisprachig: deutsch und französisch. Mit Fraktions- und Sitzplatzverzeichnis sowie Verzeichnis der ständigen Kommissionen. Rund 300 Seiten, solid in Leinen gebunden.

Preis: Fr. 17.—.

Im Textteil: Aktuelle Beiträge und Jahresberichte über die ausländische sowie die eidgenössische Politik.

Das «Blaubuch» eidgenössischer Politik ist für alle am Zeitgeschehen interessierten Staatsbürger unentbehrlich.

Verlangen Sie das Werk bei ihrem Buchhändler oder beim



Buchverlag Verbandsdruckerei AG Bern
3001 Bern, Maulbeerstrasse 10



Ho Chi Minh und Rosa Luxemburg als Alternativsymbol zur Konsumgesellschaft. Dass Luxemburgs Forderung nach Freiheit für den Andersdenkenden gerade in der westlichen Konsumgesellschaft verwirklicht ist, merken die wackeren Mitläufer nicht.

Verbot gefordert hat. Wer das Verbot vorschlug, weil es politisch klug sei, wird belehrt, dass es politisch klug sei, die radikale Organisation bestehen zu lassen. Wer sich aber nicht umstimmen lässt und am Verbot weiterhin festhält, der verliert das Vertrauen in seine Regierung.

Alle diese Reaktionen führen zu einer Trendbildung: die radikale Organisation wird sozial aufgewertet und politisch erfolgversprechend; ihre Anhänger sind «in». Die Gegner werden abgewertet und sozial langsam isoliert; sie sind «out».

Damit wird im angegriffenen Bürger ein überaus gefährliches Gefühl der Ohnmacht erzeugt; mit dem Trend wird der Angriff verstärkt. Das Feld ist offen für eine politische Kriegführung gegen die Demokratie. Die Abwehrkräfte schwinden; der Bürger fühlt sich führunglos. Die Führung ist in der Tat ausgefallen.

Man könnte hier nun einwenden, dass wir uns

in einen Widerspruch verwickelt haben. Zwar ist unterstellt worden, dass von radikalen Organisationen her Gefahr droht; ferner wurde Verständnis gegenüber der Verbotsforderung geäußert. Dann aber wurde es als richtig bezeichnet, dass kein Verbot ausgesprochen wird, was indessen den Widerstand bricht und die Anpassung fördert, ein Zustand, den wir wiederum als äusserst gefährlich bezeichnen.

Wo also ist in diesen Ueberlegungen etwas schiefgegangen? Wir kommen zurück auf den Punkt, der beiläufig als entscheidend bezeichnet worden ist, die Tatsache nämlich, dass die Regierung sich jeweils mit einer Verbotsverweigerung zufriedengibt. In Verbindung damit kann zu einer Skizze der Verteidigungsmöglichkeiten einer Demokratie im politischen Krieg angesetzt werden.

Die Regierung darf es im geschilderten Fall nicht bei der Verbotsverweigerung bewenden lassen,

sondern muss diese umfassend staatspolitisch begründen und sich hierbei durchaus als Gegengewicht zu der als Gefahr erkannten radikalen Organisation setzen, also genau das tun, was sie heute aus falschem Verständnis der Demokratie zu tun meist unterlässt (wodurch sie die Demokratie selbst in noch grössere Gefahr stösst).

Wem diese Schlussfolgerung unsympathisch ist, weil hier und jetzt an eine bestimmte Regierung gedacht wird, so kann das Einverständnis des Lesers mit folgendem historischem Beispiel gewonnen werden.

Es ist unbehelflich, allein auf die Schuld Hitlers am Zweiten Weltkrieg hinzuweisen, weil diese Schuld ohnehin aus dem Prinzip des Nationalsozialismus fliesst. Aber es ist doch auch an die Schuld der britischen und französischen Regierungen zu denken, die der wachsenden Gefahr nicht frühzeitig und adäquat begegneten! Hitler und die Nazis können keine Fehler mehr machen. Demokratische Regierungen aber sind geblieben. An ihnen ist es, aus der Geschichte zu lernen und Fehler zu vermeiden.

Worin muss nun die «umfassende staatspolitische Begründung» einer Verbotsverweigerung durch die Regierung bestehen? Wie soll sich die Regierung als Partei der radikalen Organisation gegenüberstellen?

Objektive Orientierungshilfe

Es ist darauf hingewiesen worden, dass die dem heutigen Menschen gestellten Probleme immer unübersichtlicher werden. Was der Staatsbürger im 19. Jahrhundert so nebenbei noch entscheiden konnte, muss heute Spezialisten vorgelegt werden. Die Technokratie steht vor der Tür. Hier muss die Regierung einspringen, wenn die Grundzüge der Demokratie gerettet werden sollen, indem sie Spezialisten mit der Abklärung beauftragt und dann sorgfältig abgewogen Pro und Contra dem Volke vorlegt. Das muss in Zukunft das Wesen des Regierens im Vergleich zum überholten Administrieren werden.

Was nun konkret unter dieser Forderung einer objektiven Orientierungshilfe zu verstehen ist, möchten wir aus didaktischen Gründen in Form der supponierten Rede eines Landesvaters skizzieren, wie wir sie von ihm in dieser Lage erwarten würden. Diese Rede, bezogen auf das genannte Modell, könnte beispielsweise so lauten:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

In letzter Zeit ist in Y die Organisation X an die Oeffentlichkeit getreten und will unsere Gemeinschaft unfunktionieren, allenfalls auch mit Gewalt. Dieser unserer Gemeinschaft wird vorgeworfen, sie betreibe Repression und nehme bloss die Interessen der «Herrschenden» wahr. Bereits sind im Gefolge von Demonstrationen Sachwerte beschädigt worden, und in Krawallen sind Unbeteiligte zu Schaden gekommen. Es ist verständlich, dass vorgeschlagen worden ist, die Organisation X zu verbieten. Wir haben uns mit diesen Vorschlägen und mit der Organisation X befasst und möchten euch heute das Ergebnis mitteilen.

Zuerst aber wollen wir ein Wort über unsere Staatsordnung sagen. Wir leben nach dem Willen fast aller Bürger in einer Demokratie. Die Herrschaft wird also letztlich vom Volke ausgeübt, vor allem über Wahlen und Abstimmungen. Dass das Volk auf diese Weise die Herrschaft auch wirklich ausüben kann, ist Demokratie.

Voraussetzung dazu ist die unbeschränkte Möglichkeit zur freien Meinungsbildung. In unserer Verfassung ist eine Reihe von Freiheitsrechten verankert, die diesem Zweck dienen sollen.

So ist denn die Demokratie eine Form des Zusammenlebens. Der Inhalt dieses Zusammenlebens ist indessen von der Mehrheit aller Bürger festzulegen und immer neu zu gestalten. Unserer Regierung ist in allererster Linie aufgetragen, diese Form zu bewahren, nicht aber deren Inhalte zu bestimmen. Die Inhalte wandeln sich nämlich und müssen sich wandeln nach Massgabe der Wünsche eines Volkes. Althergebrachtes muss ständig überprüft und, wenn nötig, durch Neues ersetzt werden. Daher ist eine Demokratie immer auch Diskussion darüber, was werden soll, wie es werden soll und warum es werden soll. Eine lebendige Demokratie setzt Kritik voraus. Die Möglichkeit zu solcher Kritik darf durch nichts beschränkt werden. Kritik mag abgelehnt werden, oder sie mag zu neuen Inhalten unserer Gemein-

schaft führen. Ob das eine oder das andere der Fall sein soll, das habt jeweils ihr alle, liebe Landsleute, zu bestimmen, nicht aber eure Regierung.

Es ist das Recht eines jeden Bürgers, nach seiner Ueberzeugung sich über Repression zu beklagen, gegen den Wehrdienst Stellung zu nehmen, die freie Liebe zu befürworten, sich für die Planwirtschaft einzusetzen, den Umweltschutz zu verneinen. Wir in der Regierung haben in erster Linie mit diesem auch das andere Recht zu wahren, nämlich dass sich umgekehrt auch jeder Bürger nach seiner Ueberzeugung für unsere Ordnung aussprechen, für den Wehrdienst Stellung nehmen, strengere moralische Grundsätze befürworten, für die Marktwirtschaft einstehen oder den Umweltschutz bejahen darf, wenn er dies vorzieht. Was dann letztlich die Inhalte unseres Zusammenlebens sein sollen, ob wir den Zwang zum Wehrdienst ausdehnen oder einschränken wollen, ob Gruppensex erlaubt werden soll oder nicht, das ist, wie gesagt, von euch allen, liebe Landsleute, zu be-

schliessen. Immer aber müssen solche Beschlüsse ausserhalb jeder Gewaltandrohung gefasst werden. Daher ist es denn auch eure unabdingbare Pflicht, solange ihr in der Demokratie lebt und leben wollt, dass ihr euch alle selbst mit diesen Fragen beschäftigt. Das ist eine Aufgabe, die euch niemand abnehmen kann. Und wenn ihr diese Aufgabe nicht übernehmt, so habt ihr damit ebenfalls bereits Stellung genommen, und zwar gegen die Demokratie.

Eine wohlüberlegte Entscheidung muss aber verlangt werden, auch zum Preis einer neuen Prioritätsordnung in eurer Freizeitbeschäftigung. Das sei einmal mehr und keinmal zuviel gesagt und euch allen eindringlich vor Augen geführt.

Wir wollen diese Ueberlegungen auf die Organisation X anwenden. Sie hat das unbestreitbare Recht, alle Postulate aufzustellen, die ihr notwendig erscheinen. Sie kann und darf darum auch nicht verboten werden.

Eine völlig andere Frage aber ist es, ob die Anhänger der Organisation X zur Gewalt greifen dürfen, um ihre Ziele zu verwirklichen. Das können wir unter keinen Umständen billigen, was immer auch ihre Ziele seien. Hier hat die Regierung den festen Auftrag, die Gewaltanwendung zu verhindern. Sie wird das mit allen Mitteln tun, indem sie vorgeht: nicht gegen die Postulate der Organisation X, sondern gegen die Formen, mit denen diese Postulate verwirklicht werden sollen. Wir werden gegen unerlaubte Demonstrationen durchgreifen und auch keine Sachbeschädigungen dulden, weil sonst letztlich unsere Rechtsordnung, die allein uns allen eine freie Meinungsbildung garantiert, Gefahr läuft, zusammenzubrechen. Wenn wir nämlich den Kontestierenden eine Missachtung der Gesetze zubilligen, dann

können wir die Rechtsstaatlichkeit nicht mehr erhalten. Wir würden uns so auf den Weg der Willkür begeben, der zum Chaos führt.

Daher werden wir von der Regierung aus mit aller Schärfe gegen jede Gewaltanwendung und Rechtsverletzung einschreiten müssen. Die Polizei ist angewiesen, die Fehlbaren, die Sachschäden anrichten, nach unseren Gesetzen zu verwarren, zu büssen und notfalls vor die Justiz zu bringen. Die Verantwortlichen in unseren Behörden werden alles daran setzen, dabei Uebergriffe und unangemessene Reaktionen der staatlichen Organe zu vermeiden. Dass solche nicht immer verhindert werden können, besonders als Folge von Provokationen, ist Ausdruck allgemein menschlicher Unzulänglichkeit und nicht Prinzip unseres Staates, wie ihr alle wisst. Wir werden Verstösse gegen das Gesetz von seiten der staatlichen Organe ahnden, aber unter Wahrung aller Proportionen. Wer als erster einen Stein wirft, darf sich erst als letzter beklagen, wenn Steine zurückgeworfen werden.

Neben der unbedingten Wahrung der Form unseres Zusammenlebens fällt unserer Regierung eine weitere Aufgabe zu. Wenn wir Kritik und Opposition weder verbieten können noch verbieten wollen, so müssen wir uns doch zu solcher Kritik von unserer Warte aus äussern.

Wir übersehen nicht, dass der heutige Mensch mehr denn je von seinem Beruf in Anspruch genommen wird und sich mehr denn je mit stark erweiterten Problemen unserer Gemeinschaft befassen sollte. Wir müssen gemeinsam an der Lösung dieser Aufgabe arbeiten.

Es wird unumgänglich sein, dass wir jeweils sich konkurrierende Studiengruppen von

Fachleuten einsetzen, die diese Probleme bearbeiten. Auf dieser Grundlage werden wir euch dann das Für und Wider im Sinne einer objektiven Orientierungshilfe darlegen. Das wird unser Beitrag zu eurer Meinungsbildung sein. Und ihr dürft, liebe Mübbürgerinnen und Mübbürger, unsere Stellungnahme so wenig unbesehen und ungeprüft übernehmen wie jene der Opposition.

Die Organisation X beklagt sich über die Repression, die zum Beispiel darin bestehen soll, dass ein junger Mann nicht frei darüber entscheiden könne, ob er Militärdienst leisten wolle oder nicht. Wir bestreiten dieses Argument nicht. Wir möchten dazu aber sagen, dass das Zusammenleben von Menschen in einer Gemeinschaft immer ein bestimmtes Mass von Ordnung voraussetzt, und dass Ordnung in gewissen Einzelfällen immer auch als Repression empfunden werden kann. Es hat in der menschlichen Geschichte denn auch noch nie eine Gemeinschaft gegeben, die ohne solche Repression ausgekommen wäre. Vielleicht wird es einmal eine ideale Gemeinschaft geben, wenn die menschliche Natur es zulässt. Jedenfalls hat die Organisation X es bis heute unterlassen zu zeigen, wie eine solche Gemeinschaft konkret organisiert werden könnte. An euch ist es, liebe Landsleute, zu wägen und zu prüfen. Wenn ihr der Ansicht seid, die Postulate der Organisation X könnten oder sollten verwirklicht werden, so unterstützt sie mit eurer Stimme; andernfalls unterstützt weiter diejenigen Parteien und Organisationen, deren Ansicht ihr teilt. Aber ihr müsst diese Fragen selber prüfen, nach bestem Wissen und Gewissen, und zu einer eigenen Meinung gelangen. Wir können und wollen sie euch nicht aufzwingen. Aber wir können und wollen verlangen, dass ihr euch eine eigene Meinung bildet und sie auch kundtut.

Soweit die nichtgehaltene Rede eines unbekanntem Landesvaters. Es fiel nicht schwer, im gleichen Sinne über andere Fragen zu sprechen, die sich im Zusammenhang mit der politischen Kriegführung stellen, wie selbstverständlich auch über all die kontroversen Themen, die unsere Gesellschaft beschäftigen, z. B. Umweltschutz, Moral oder Rauschgift.

Die Methode, mit einer landesväterlichen Rede zu illustrieren, mag erstaunen. Sie erlaubt es jedoch besser als jede theoretische Formulierung, das verständlich zu machen, was das wesentliche Anliegen ist: in der heutigen Epoche muss die Regierung in der geschilderten Art objektive Orientierungshilfe leisten. Sie muss es, weil der Bürger lediglich in nebenberuflicher Anstrengung die Uebersicht über alle wichtigen Fragen als Grundlage von Entscheidungen, die zwar notwendig sind, sich aber keineswegs mehr offensichtlich aufdrängen, kaum mehr allein erarbeiten kann.

Es ist die Verhaltensregel für die Regierung zur Verteidigung im politischen Krieg aufgestellt worden, wonach objektive Orientierungshilfe zur Meinungsbildung der Staatsbürger geleistet werden muss. Die demokratische Regierung muss sich des politischen Krieges bewusst werden und ihre Bürger sachlich darauf aufmerksam ma-

chen. Der Bürger muss vor jene Entscheidungen gestellt werden, die sich ihm nicht mehr offensichtlich aufdrängen.

Ebenso wenig, wie zuvor ein Katalog der Methoden im politischen Krieg aufgestellt werden konnte, kann jetzt als Antwort darauf ein Katalog dessen aufgeführt werden, was unter «objektiver Orientierungshilfe» im einzelnen zu verstehen sein wird. Einige Hinweise sind hier bloss als Illustrationen erwähnt.

Die Regierung muss zunächst mit Belegen und Beweisen die Verunsicherung aufdecken, nicht an das Vertrauen des Volkes appellierend, sondern sich um dieses Vertrauen bemüht. Sie darf gegen diese Verunsicherung nicht die eigene Unfehlbarkeit setzen, die ohnehin nicht gegeben ist. Sie könnte aber dartun, dass sie zwar wie jede Regierung aus irrenden und fehlenden Menschen besteht, jedoch im demokratischen Raum mehr Gewähr bietet, für und nicht gegen das Volk zu arbeiten. Sie könnte fordern, dass das Volk lernen muss, sich an den mehr oder weniger erfreulichen Realitäten zu orientieren, nicht an gedanklichen Modellen und ideologischen Utopien. Sie könnte darauf hinweisen, dass Spannungen und Schwächen zur Demokratie gehören, dass sie in dauerndem Bemühen einer Lösung nähergebracht — aber nie vollends gelöst — werden können, und dass der graduelle Unterschied der Spannungen und Schwächen in Demokratie und Diktatur einen qualitativen Unterschied ausmachen. Der Bürger, der diese Zusammenhänge sieht, ist gegen Verunsicherung gefestigt, ohne in der Demokratie fatalistisch zu erstarren.

Gegen Infiltration und Subversion kann die Regierung

eine gelassene Aufmerksamkeit fordern, ohne dass sie ein hysterisches Misstrauen erzeugt.

Gegen die Sabotage muss die Regierung nach umfassender Begründung scharf einschreiten, im Falle ideologisch motivierter wilder Streiks subsidiär zu den demokratischen Gewerkschaften.

«Bewegt euch im Philosophieren, das im Menschen als Menschen wirksam ist! Dieses hat durch die Jahrtausende in grossen Philosophen Gestalt angenommen, von denen Kunde zu erhalten, jedem Menschen zu wünschen ist, der Musse hat und sich besinnen will (und wieviel freie Zeit steht den meisten Menschen zur Verfügung, ausser den Managern und den Besessenen und den unter Zwangsregimen Ausgebeuteten). Nur in der Philosophie gibt es die Klarheit gegen die Unphilosophie, d. h. gegen die Verkehrung der Vernunft. Nur dort wird in Weite und Tiefe bestätigt, was jeder Mensch in sich birgt, durch seine Bestimmung sucht, in der Verwirklichung seiner Existenz findet.»

«Wenn Vernunft eine Voraussetzung ist, die vor allem Bestimmten liegt, das wir im Gegenständlichen, Moralischen, Rechtlichen ergreifen, so gewinnt doch Vernunft selber Gestalt nur in diesem Bestimmten. Wenn wir aus der Vernunft handeln und diskutieren, so verwirklichen wir doch nur mittels solcher Einsenkung in das Fassliche die Vernunft selber.»

Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 289.

Gegen die Disinformation soll die Regierung Stellung nehmen, auch wenn es die Massenmedien betrifft. Wenn ein Massenmedium wie Radio oder Fernsehen gar ein Monopol besitzt, so kann die Regierung im Falle von Disinformation ihre Inaktivität nicht damit rechtfertigen, dass solchen Institutionen die Unabhängigkeit zugesichert worden sei. Die Regierung hat darauf zu achten, nicht dass ihrer Meinung in solchen Medien Gehör verschafft wird, sondern dass Pro und Contra in fairer Weise zum Ausdruck kommen können. Die Regierung müsste die Klagen, dass das nicht geschieht, sorgfältig prüfen und nötigenfalls ermöglichen, dass Klageführer in diesen Medien selbst den Nachweis erbringen können, es sei einseitig informiert worden.

Aufgabe solcher Massenmedien mit Monopolcharakter darf nicht sein, einen bestimmten Standpunkt zu vertreten, sondern ein Spektrum von Meinungen, mindestens aber gegensätzliche Standpunkte zu vermitteln, die dem Bürger zur eigenen Meinungsbildung dienlich sind. Wenn die Regierung in diesem Sinne interveniert, verletzt sie keineswegs die Pressefreiheit und politische Unabhängigkeit solcher Institutionen, sondern sichert sie.

«Die Grenzsituation des Daseins verlangt den Umgang mit der Gewalt, sei es in Selbstbehauptung, sei es in Unterwerfung; das Opfer ist unumgänglich; Menschen opfern sich im Wagnis des Lebens, Völker im Wagnis des Kampfes um ihre Freiheit gegen Uebermacht; sie opfern sich in Gewaltlosigkeit, wenn sie diese konsequent bis zu ihrer Vernichtung oder Versklavung treiben lassen. In dieser Grundsituation der Gewalt findet in Orientierung an der möglichen Gewalt der politische Kampf statt, dessen Sinn durch den Vergleich von Gesinnungsethik, Erfolgsethik, Verantwortungsethik deutlich wurde. Oder es kommt zum physischen Kampf. Dieser Kampf aber hat infolge der technischen Wirklichkeit seinen Charakter völlig geändert. Er ist unsoldatisch geworden. Daher wird das Problem des Kampfes durch Gewalt heute neu und grundsätzlich aufgerollt, ist jedoch bisher weit entfernt von einer Lösung.»

Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 253.

Das sind, wie gesagt, nur Illustrationen dafür, wie die Regierung besser regieren könnte, indem sie das Gespräch mit dem Volk selber sucht und führt. Das mag in der Schweiz eine Aenderung des Regierungssystems in Richtung einer par-

lamentarischen Demokratie voraussetzen, in der Regierung oder Regierungsmitglieder leichter abberufen werden können. *Daraus würde sich eine erhöhte Mobilität ergeben, die bisher vielleicht eine Not von Republiken war, die künftig jedoch zur Tugend von Demokratien werden könnte.*

Konzeption für eine Sicherung der Demokratie

Nun möchten wir, damit abschliessend, zu zeigen versuchen, auf welcher geistigen Grundlage eine umfassende Sicherung der Demokratie aufgebaut werden kann, die die Aspekte eines militärischen und politischen Krieges gleichermaßen einschliesst.

Man ringt um eine solche Konzeption. Man fragt sich, ob man die Unabhängigkeit unseres Landes, die Integrität unseres Territoriums, die Rechtsstaatlichkeit unserer Ordnung, die Neutralität unserer Regierung oder dergleichen mehr als Ziele unseres Staates bezeichnen soll.

Wir fragen uns, ob all diese Begriffe Elemente einer Konzeption sein können, da sie doch zeitbedingte Äusserungen des nationalen Volkswillens darstellen. Eine Konzeption jedoch muss auf jene Werte zurückgreifen, die langen Bestand haben und auch dann noch gültig sind, wenn etwa die nationale Unabhängigkeit — beispielsweise durch eine atlantische Union — tangiert würde.

Wenn wir versuchen, dieses Wesentliche zu ergründen, so vermögen wir es nur darin zu finden, dass wir, auf dem Boden von Freiheit und Toleranz stehend, auf lokaler, nationaler, kontinentaler und mondialer Ebene jene Ordnung aktiv befürworten, die einerseits jeden Glaubensinhalt und dessen Verbreitung durch das Mittel der Ueberzeugung unbeschränkt zulässt, mit jedem Mittel aber andererseits verhindert, dass Glaubensinhalte irgendwelcher Art durch irgendjemanden mit Zwang und Gewalt verbreitet werden.

Hier haben wir den gemeinsamen geistigen Nenner für den grössten gemeinsamen Zähler von Menschen guten Willens. Wer sich dieser Konzeption nicht anschliessen kann, darf unter dem Gesichtspunkt von Freiheit und Toleranz füglich als unglaubwürdig bezeichnet werden.

Wenn wir diese Konzeption gedanklich verarbeiten, gewinnen wir als Demokraten eine befreiende Sicherheit, die uns erlaubt, die lähmende, der Demokratie scheinbar innewohnende Spaltung zu überwinden. Wir sehen nun, dass wir freudig einzelnen Postulaten etwa der Neuen Linken zustimmen dürfen, dass wir aber gleichzeitig die von einigen Organisationen der Neuen Linken befürwortete Gewaltanwendung ausgeschlossen bekämpfen müssen. Wir sind nicht mehr zwischen allenfalls guten Zielen und jedenfalls schlechten Mitteln hin und her gerissen, von den ersteren angezogen, von den letzteren abgestossen, weil allzu oft Ziel und Mittel fälschlicherweise identifizierend.

Nur wenn es uns gelingt, immer mehr Staatsbürger zu selbständig denkenden, das heisst vernünftigen Individuen zu erziehen, werden wir die historische Prüfung des Totalitarismus bestehen und unsern Kindern den Weg zur besseren Demokratie ebnen.

«Es ist ein Irrtum, zu meinen, die Einigung der Menschheit werde durch die Wissenschaften gefördert und schliesslich verwirklicht. Wissenschaft ist Sache des Verstandes. Die durch ihn bewirkte Einmütigkeit ist die der zwingenden Erkenntnis, die nicht die Menschen vereint, sondern den identischen Punkt ihres Denkenkönnens bezeugt. Einmütig begreifen sie alles Technische und die Atombombe. Erst die Vernunft kann Menschen im ganzen ihres Wesens vereinen.

Den nach allen Seiten zu entwickelnden, den reinen und kritischen Verstand braucht die Vernunft in jedem Augenblick. Nicht einen Schritt kann sie ohne ihn tun. Aber sie verliert sich nicht in ihm, sondern führt ihn.

Die Vernunft ist gleichsam der Ort, an dem und von dem her wir leben, wenn wir zu uns selbst kommen. Von ihm wird unablässig jede rationale Möglichkeit, die Rationalisierung ins Unendliche vorangetrieben. Aber die Vernunft selbst ist rational nicht fasslich. Alles, was für uns Sinn hat, hat ihn von ihr her. Sie selber ist, als ob sie nicht sei, aber dieses Nichts ist die Lebensbedingung allen Ernstes.»

Karl Jaspers: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, S. 290.

Die Freiheit ist wohl nie in grösserer Gefahr gewesen als heute, doch nie standen ihr so grosse Möglichkeiten offen. Das charakterisiert eine Epoche des Ueberganges, die eine Zeit der Dämmerung ist. Vielleicht wird sich eine lange Nacht der Unfreiheit über uns senken. Vielleicht wird die Freiheit in neuem Licht erstrahlen.

Zweierlei Faktoren berechtigen trotz allem zu einem gedämpften Optimismus:

- die Psychoanalyse hat den Weg zur Selbsterkenntnis gewiesen, und
- die Marktwirtschaft dürfte bald die nötige Musse gewähren, dass dieser Weg auch eingeschlagen werden kann.

Dass der Weg eingeschlagen wird, ist allerdings unbehelflich. Entscheidend ist, dass er tatsächlich begangen wird: es geschieht nichts, es sei denn, man tut es. Das aber ist zu fordern, im Sinne Karl Jaspers, dessen hier zitiertes Buch wegleitend bleibt.



Versammlung der Neuen Linken in West-Berlin: revolutionäre Fanatiker als nützliche Idioten.